

Haushaltsrede B90/ Die Grünen 17.12.2019

Schon bald ist 2019 Geschichte, wieder ein Jahr mit vielen klimabedingten Katastrophen weltweit. Unzählige verheerende Waldbränden, die es schon nicht mehr in die Schlagzeilen schaffen, immer neue Hurrikane-Rekorden mit Ausmaßen von der Fläche halb Europas, Überschwemmungen mit tausenden Toten, ein Temperaturrekordjahr jagt das nächste, Dürrekatastrophen, die Menschen um Verlassen Ihrer Heimat zwingt. Aber immer noch bezweifeln einige Populisten den Klimawandel.

So habe ich -bis auf die Jahreszahl- die HH-Rede auch letztes Jahr begonnen.

Eigentlich müsste mittlerweile allen klar sein, Die drohende Klimakatastrophe ist keine grüne Fiktion oder gar Spinnerei.

Da ist es schon beschämend, dass erst Jugendliche mit Ihrem Protest die Politik zwingen muss, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur drohenden Klimakatastrophe endlich zur Kenntnis und konkrete Gegenmaßnahmen in Angriff zu nehmen.

Auch in Schloss Holte- Stukenbrock gehen Kinder und Jugendliche im Rahmen von „Fridays for Future“ für mehr Klimaschutz auf die Straße. Sie haben klar erkannt, dass es gerade um Ihre Zukunft geht, die massiv bedroht ist.

Eine sehr positive Entwicklung ist das Engagement des Jugendparlaments unserer Stadt. Durch ihre Initiative verschaffen sie sich als Gremium mehr Gewicht in der Kommunalpolitik um verkrustete Strukturen aufzubrechen und größere Anstrengungen im Klimaschutz einzufordern. Die Jugendlichen diskutieren an Entwicklungen der Stadt mit und fordern die Mitbeteiligung an Entscheidungsprozessen ein.

Für uns heißt das, dass wir neue Formen frühzeitiger Partizipation in allen Bereichen der Politikgestaltung in SHS ermöglichen müssen, die für unsere, aber vor allem zukünftiger Generationen von entscheidender Bedeutung sind. (Hierzu hat unser Stadtrat es gemeinsam geschafft der Jugend außerhalb der Parteien Beteiligung an politischen Prozessen zu ermöglichen.) (leider keinen Klimabeirat!)

Wir haben uns gefreut, dass das Jupa einen Antrag zum Klimanotstand eingebracht hat, und dieser nach langwierigen interfraktionellen Verhandlungen in einen

Kompromissbeschluss gemündet hat, an dem wir uns jetzt alle werden messen müssen.

Zentrales Thema meiner HH-Rede -Klimaschutz: CO² Einsparung-

Sie werfen uns Grünen Populismus vor, eine Verbotsparterie zu sein, doch -einmal zu Ende gedacht: Regeln zu setzen ist Sinn von Politik, Regeln schaffen Sicherheit, sie schützen und sind zugleich ein Innovationsmotor.

Fakt ist, dass wir in unserer Stadt die angestrebten Klimaziele mit den bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht erreichen. Lassen sie uns also gemeinsam einen mutigen und klugen Mix aus Anreizen und Regeln beschließen und umsetzen, um das nachhaltig zu korrigieren.

Die Zentralen Bereiche, in denen wir unter Klimaaspekten nachbessern müssen sind

- Wohnungsbau
- Mobilitätswende
- Energiewende

Zum Bereich Wohnungsbau:

a) Altbausanierung

Eine der größten CO₂-Quellen ist der CO₂-Ausstoß durch das Beheizen von mangelhaft isolierten Altbauten. Hier muss dringend mehr getan werden. Natürlich ist das ein Bereich, der in privaten Händen liegt schwierig, aber wir von der Politik müssen hier verstärkt mit Informationen und Hilfen tätig werden. Jedem muss klarwerden, dass wir uns von fossilen Brennstoffen verabschieden müssen und unsere Häuser mit Solarthermie, Wärmepumpen und Photovoltaik beheizen müssen. Die Politik muss hier mit effektiven Förderungen Unterstützung bieten

b) Neubauten

Neubaugelbiete sind so zu planen, dass bei den Häusern Solarenergie effektiv genutzt werden kann. In den Bebauungsplänen ist festzuschreiben, dass für die Gebäude Nullenergiestandart erreicht werden muss.

c) Grundstücksgestaltung

Gärten sind wichtige Naturräume. Anpflanzungen von standortgerechten Hecken statt Maschendraht oder Gabionen ist zu fördern. Schottergärten sind auszuschließen bei gleichzeitiger Förderung naturnaher ökologischer Gärten.

Mobilitätswende: Mobilität für ALLE – mit weniger motorisierten Individualverkehr

Eine unvermeidliche Verkehrswende wird nachhaltig für mehr Klimaschutz und Lebensqualität sorgen. Neue Wege gehen bedeutet aber natürlich auch Mut aufzubringen um initiativ zu werden!

Gute sichere Fuß- und Radwege, weniger motorisierter Individualverkehr (MIV), attraktivere Bus- sowie Bahnverbindungen auch in und zu den Ortsteilen Liemke, St-Senne und Sende, all das gehört für uns GRÜNE FRAKTION zu einer zukunftsorientierten modernen Stadt.

Wir werden im neuen Jahr darauf drängen, dass die Mobilitätsdebatte hin zu einer echten Verkehrswende in Angriff genommen wird. (Vorsichtige Schritte sind jetzt aktuell auch bei der CDU zu beobachten.)

Konkrete Schritte sind zu gehen. Aus GRÜNER Sicht ist in SHS eine zukunftsorientierte und mutige Verkehrswende dringend nötig. Das heißt, wir müssen an´s Auto ran. Insgesamt ist der motorisierte Individualverkehr (MIV) zu verringern um Raum für Fahrradfahrer, Fußgänger und ÖPNV zu schaffen.

((Im öffentlichen Raum sind mehr barrierefreie Räume einzurichten. Wir brauchen eine alternative Mobilität für ALLE: - Gute, sichere und kurze Fußwege für Jung und Alt, attraktive und sichere Schulwege - Fahrrad hat Vorrang vor dem Auto. Dementsprechend sind Planungen vorzunehmen und Kosten aufzunehmen. Schnellradwege, unabhängig vom Straßenverkehr, die die einzelnen Stadtteile miteinander verbinden, müssen in Angriff genommen werden. Ältere Radwege sind zu ertüchtigen. Innerorts ist das Rad auf die Straße zu bringen - sicher und konsequent mit Einführung von 30 km/ h Geschwindigkeitsreduzierung. Auf Kreuzungen für viel Geld, die aus Sicht der Radfahrenden eine Verschlechterung darstellen, können wir verzichten.

Lassen Sie uns darüber aktiv diskutieren, ein Aufgabenbuch in Form zweier Konzepte ist schon geschrieben, das Integrierte Klimaschutzkonzept wie auch das Mobilitätskonzept.

Hier einige konkrete Vorschläge:

Vorschlag 1: Lassen Sie uns gemeinsam und vorurteilsfrei über Tempo 30 in den Ortszentren diskutieren, d.h. auf der Hauptstraße in Stukenbrock, der Holter Str. und der Bahnhofsstr.

Vorschlag 2: Eigener Rad-Etat für eine bessere Radweggestaltung. Die Ausgaben für den Radverkehr transparent machen und bis Ende des Jahres 2020 mit den Ausgaben für den MIV vergleichen.?

Vorschlag 3: Last uns gemeinsam verstärkt Druck auf das Gütersloher Straßenverkehrsamt ausüben, um schneller zu einer sicheren Gestaltung unserer Fuß- und Radwege zu kommen. Seit über 10 Jahren wird nun schon über eine Neugestaltung der Kaunitzer Str. und der Bahnhofstr. diskutiert, ohne dass hier etwas vorangeht.

Vorschlag 4: Gehen wir mit Nachdruck auf die VVowl zu um über bessere, günstigere gebietsübergreifende Tarifstrukturen zu erreichen.

Andere Nachbarstädte testen z. B. kostenlosen Nahverkehr, brechen durch Zuschüsse Tarifstrukturen auf.

(Ihr Antrag auf Feststellung von Tarifstrukturen, auf Untersuchung von neuen Busrundverkehr, übrigens Vorschläge der Grünen seit 20 Jahren führen nur dann zum Ziel, wenn wir gemeinsam bereit sind dafür Geld „in die Hand zunehmen“.

Der **Öffentlicher Nahverkehr** ist attraktiver zu gestalten – mit Bus und Bahn. Bus und Bahn sind attraktiver und bezahlbarer anzupreisen, wie z. Bsp. mit einem Sozialticket für Menschen mit wenig Geld oder wie jetzt aktuell in Luxemburg, das als erstes Land in Europa den öffentlichen Nahverkehr kostenfrei anbietet. – Beim innerstädtischen Busverkehr sowie das Schulbussystem sind Fahrzeuge mit umweltschonenden Antrieben einzusetzen (Dieselproblematik, Feinstaub).

Energiewende:

Wie bereits beim Wohnungsbau angesprochen, müssen wir von den fossilen Brennstoffen wegkommen. Solarthermie, Photovoltaik und Geothermie müssen diese Energieformen ersetzen. Neben den Bemühungen der Stadt, Photovoltaikanlagen auf den Dächern der öffentlichen Bauten zu errichten (hier ist durchaus positiv zu erwähnen, dass hier die CDU weitere 50000 EUR für weitere Photovoltaikanlagen im Haushalt eingebracht hat) müssen wir mehr Anreize schaffen, dass diese Energien

auch im privaten Wohnungsbau stärker genutzt werden. Hier sind noch sehr große Potentiale zu erschließen.

Ein erster Schritt ist die Bereitstellung von rund 300Tsd im Umweltausschuss für Klimaschutzmaßnahmen.

Nur - Skepsis ist hier leider angebracht, denn schon 2008 haben wir im Rat den Klimawandel festgestellt und daraus kommunales Handeln abgeleitet. Passiert ist wenig.

Sozialer Wohnungsbau

Der Bedarf an öffentlich geförderten Wohnbau und preiswerten Wohnraum steigt. Es sind längst nicht nur Menschen mit Wohnberechtigungsschein, sondern immer mehr Menschen, die aufgrund der steigenden Mieten (hier in SHS mittlerweile schon bei 9Euro pro m²) Wohnraum suchen.

Wir bauen eine Flüchtlingsunterkunft für 60 Menschen für 1,6 Mill, für Menschen, die eigentlich ein Anrecht auf eine Wohnung haben.

Daher haben wir beantragt, 500Tsd in den HH einzustellen um ein gründende Wohnungsunternehmen, die Grundstücke kauft und verkauft und ggf. als Bauherr aufzutreten. Die Verwaltung erstellt hierzu ein zeitnah ein Konzept.

Sehr ärgerlich ist es, dass wir es nicht geschafft haben, eine Quote für Öffentlich geförderten Wohnraum in Bebauungsplänen festzulegen.

Belegungsrechte (für 5 Jahre) kaufen, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

- So ist es z.B. an einer exponierten Stelle (Bahnhofsnähe) nicht gelungen, Belegungsrechte zu bekommen. Der Investor wollte lieber Wohnungen mit gehobenen Standard.
- Wohnungen werden fast nur noch im gehobenen Preissegment erstellt. Mieter mit mittleren und niedrigen Einkommen können sich immer schwerer mit Wohnraum versorgen. Mietpreise von 9€/m² bei neuvermieteten 5-10Jahre alten Mietwohnungen sind keine Seltenheit. Investoren kaufen an Grundstücken alles zusammen, was im „gehobenen Preissegment“ bebaubar ist. Es wird auch schon mal 300€ für ein Grundstück bezahlt.

Daher fordern wir:

1. Wir benötigen eine Quote von min 30% öffentlich geförderten Wohnraum

2. Wir benötigen ein kommunales Wohnungsunternehmen
3. Wir benötigen eine aktive Bodenpolitik: d.h. intensive Suche nach Baulücken, Schaffung von Baurecht und vor allem:
4. Beschaffung und Veräußerung von preiswerten Grundstücken für preiswerten Wohnungsbau

Leider hat die CDU und auch der Bürgermeister kein Interesse auf die Not der Menschen angemessen zu reagieren, die dringend auf preiswerten und öffentlich geförderten Wohnraum angewiesen sind.

(Beispiel mit dem Umgang mit dem Problem dringend benötigter Wohnungsbau Beschluss der Ratssitzung v. 19.02.2019: Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Inhalte für ein Wohnbaukonzept für Schloß Holte-Stukenbrock zu sondieren und in der ersten Sitzung nach der Sommerpause im Ausschuss vorzustellen. Im Anschluss hieran soll eine Beratung über die Erstellung eines Handlungskonzepts zur Schaffung von dringend benötigten, günstigen Wohnraum erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen, bis heute nichts passiert!!

Am 20.05.2019 Antrag der CDU auf Kauf von Belegungsrechten, kein Problem wurde am 16.09. im WMSA vorgestellt, verabschiedet und vom Rat am 19.11. bestätigt.

Antrag B90/ Die Grünen im WMSA v. 25.11. 500TSD für Öffentlich geförderten Wohnungsbau im Haushalt einzustellen wurde wie auch im HFA am 03.12. mehrheitlich abgelehnt.

Schauen wir mal, was für „Ideen“ die CDU im nächsten Jahr entwickelt, um Investoren Wohnungsbau im Gehobene Segment“ zu ermöglichen. Den Sozialen Wohnungsbau wird das ganz bestimmt nicht voranbringen.

Gewerbesteuer.

Wie ich bereits oben beschrieben habe, stehen wir vor erheblichen Herausforderungen im den Bereichen Klimaschutz und sozialem Wohnungsbau. Daher halten daher weiter an einer moderaten Gewerbesteuererhöhung auf 418 Punkte fest um eine zukunftsweisende Stadtentwicklung voranzutreiben. Eine weitergehende Begründung hierzu erspare ich mir hier an dieser Stelle. Unsere Argumente dürfen ausreichend bekannt sein.

Flüchtlingspolitik

Noch ein paar Worte zur Flüchtlingspolitik in unserer Stadt. Leider müssen wir feststellen, dass Bemühungen um eine effektive Integrationsarbeit der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe von der CDU behindert wird. Ob es um den Standort von Wohnunterkünften, Schulungsräume oder ein Bürgertreff geht. Stets werden der Flüchtlingshilfe und der Verwaltung Steine in den Weg gelegt. Originalzitat aus der letzten HFA-Sitzung: Ein Ratsherr (H.D.) erklärt, dass er sein Unverständnis ausdrücken wolle, dass das Bistum Paderborn sich aus der Finanzierung der Flüchtlingshilfe zurückziehe. Es handele sich um eine kirchliche Aufgabe.

Hier von unserer Seite noch einmal ein nachdrücklicher Dank an alle, die sich hier zum Wohle der neuen Mitbürger und der gesamten Gesellschaft einsetzen.

Dank/ Abschluss

Zum Abschluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es uns wichtig zu betonen, dass es uns GRÜNEN bei aller notwendigen Diskussion stets um die Sache geht.

Ich persönlich danke Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr BM Erichlandwehr, sehr geehrte Amtsleiterinnen und Amtsleiter, dass sie manches zugespitzte Wort aus meinem Mund im letzten Jahr geduldig ertragen mussten. Meine lieben Fraktionskolleg*innen haben mir etwas Entspannung empfohlen. Ich hoffe, es hilft, wenn mich das nächste Mal etwas im Innersten mitreißt.

Die Fraktion B90/ Die Grünen dankt ihnen Hr. Bürgermeister Erichlandwehr, Herrn Junker und der gesamten Kämmerei für die routinierte Aufstellung dieses Haushalts 2020.

ZUM GUTEN SCHLUSS: -

Wir stimmen den Haushalt nicht zu. Der Haushaltsplan 2020 setzt für die Zukunftsfähigkeit der Stadt nicht ausreichend ökologische und soziale Akzente.

Ich wünsche ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen Guten Rutsch in ein Spannendes Jahr 2020, in dem wir 50 Jahre Schloß-Holte- Stukenbrock feiern werden und eine Kommunalwahl im September haben, hoffentlich nicht mit der AFD!
Viel Dank für ihre Aufmerksamkeit

B. Reinke 17.11.2019